



Halbierungs-Initiative spaltet Wirtschaft

Fabian Hägler

«200 Franken sind genug» findet nur der Gewerbeverband – die Handelskammer sieht die Rolle der SRG in der Demokratie in Gefahr.

Wenn es darum geht, im Aargau die Steuern zu senken, die Beteiligungen des Kantons an Unternehmen kritisch zu betrachten, oder die Autobahnen auszubauen, stehen der Gewerbeverband (AGV) und die **Handelskammer** (AIHK) stets Seite an Seite. Doch bei der Initiative zur Reduktion der SRG-Gebühren von 335 auf 200 Franken ist dies nicht der Fall, die Positionen sind bei dieser Vorlage gegensätzlich.

Ja zur Initiative sagt der Gewerbeverband, ein Nein empfiehlt die Handelskammer, wobei jeweils der Vorstand die Parole fasste. Die AZ zeigt auf, wie die Positionierungen der beiden gewichtigen Verbände zustande kommen, die aus wirtschaftspolitischer Sicht auf den ersten Blick schwer nachvollziehbar erscheinen.

Wie begründet der Gewerbeverband seine Ja-Parole?

Die SRG werde heute zu rund 83 Prozent aus Abgaben finanziert, obwohl der Service-public-Auftrag nur rund 40 Prozent des Angebots ausmache. Aus Sicht des AGV braucht es eine stärkere Fokussierung auf den Kernauftrag, weniger Diversifikation und ein höheres Kostenbewusstsein. Quotenstarke Inhalte könnten vermehrt mit Werbung finanziert, andere Inhalte als Bezahlangebote geführt werden. Die Initiative sei massvoll,

da sie weiterhin eine staatliche Finanzierung vorsieht, auch der Gewerbeverband anerkenne in diesem Sinn ein öffentliches Interesse.

Warum hat die Handelskammer die Nein-Parole gefasst?

Man erachte die Halbierungs-Initiative als zu einschneidend, heisst es in einer Medienmitteilung. Die Reduktion der Gebühr von 335 auf 200 Franken würde die wichtige Rolle der SRG in der Schweizer Demokratie gefährden, findet der Verband. Die SRG fungiere als zentrale Informationsvermittlerin von Behörden und Unternehmen an die Bevölkerung. Der Wirtschaftsverband vertraut gemäss Mitteilung darauf, «dass Medienminister Albert Rösti und die SRG den Handlungsbedarf erkannt haben und das bereits gestartete Sparprogramm konsequent umsetzen».

Sind der AGV und die AIHK den nationalen Verbänden gefolgt?

Teilweise. Der Aargauische Gewerbeverband hat mit dem Ja zur Halbierungs-Initiative die gleiche Parole gefasst wie der Schweizerische Gewerbeverband. Die Aargauische Industrie- und **Handelskammer** hat mit der Nein-Empfehlung eine Entscheidung getroffen, während Economiesuisse Stimmfreigabe beschlossen hat.

Hat die politische Zusammensetzung des Vorstands entschieden?

Die Vermutung liegt nahe: Die SVP, der **Gewerbebands**-Präsident Benjamin Giezendanner angehört, hat die

Initiative lanciert. Allerdings sitzen im Vizepräsidium mit Hans R. Schibli (FDP) und Robert Weishaupt (Mitte) auch zwei Vertreter von Aargauer Parteien, die Nein sagen zur SRG-Halbierung. Die weiteren Vorstandsmitglieder gehören verschiedenen bürgerlichen Parteien an oder sind parteilos. Auch bei der **Handelskammer** wäre der Schluss nicht abwegig: Präsidentin Marianne Wildi und Vizepräsident Peter Gehler gelten als FDP-nah, Direktor Beat

Bechtold ist ein Freisinniger. Bechtold sagt aber, bei der Diskussion sei nicht parteipolitisch, sondern sachlich argumentiert worden. Der Entscheid des **AIHK**-Vorstands sei auch nicht einstimmig, sondern mehrheitlich gefallen.

Wie stark sollen Unternehmen bei den Gebühren entlastet werden?

Die beschlossene Änderung der Radio- und Fernsehverordnung befreit Firmen mit einem Umsatz von weniger als 1,2 Millionen Franken ab 2027 von der Abgabe. Das reiche, findet die **Handelskammer**, auch wenn



Unternehmen meist keine SRG-Inhalte nutzten. Damit müssten im nächsten Jahr rund 80 Prozent der Firmen keine Gebühr mehr zahlen.

Anders sieht dies der **Gewerbeverband**, er will Unternehmen vollständig von der Abgabe befreien, wie dies die Initiative verlangt. Heute bezahlten gerade bei kleinen Unternehmen oft Betriebsinhaber zwei Mal die Abgabe: einmal als Privatperson, einmal als Firma. Die geplante Entlastung mit der Verordnungs-Änderung gehe für KMU zu wenig weit.

Warum sagt die Handelskammer Nein zur Initiative, ob-

wohl grosse Unternehmen, also ihre Mitglieder, nur bei einem Ja entlastet würden?

Direktor Beat Bechtold sagt, bei den Diskussionen im Vorstand habe es auch Mitglieder gegeben, die mehrere zehntausend Franken Gebühren zahlten und deshalb Ja sagten zur Initiative. Insgesamt habe sich aber die Position durchgesetzt, dass Bundesrat Rösti mit der geplanten Reduktion der Beiträge auf 300 Franken bis 2029 und die SRG mit dem laufenden Sparprogramm auf dem richtigen Weg seien.

Warum sagt der Gewerbeverband Ja zur Initiative, obwohl die Änderung der

Verordnung für kleinere Firmen, also ihre Mitglieder, eine Entlastung bringt?

Das Umsatzkriterium, also die Limite von 1,2 Millionen Franken, ist laut Mitteilung nicht sachgerecht. Während Dienstleistungsbetriebe mit wenigen Mitarbeitenden häufig unter diesem Betrag bleiben, überschreiten Handwerks-, Elektro- oder Baufirmen, die neben der Handwerksarbeit auch noch Material verkaufen, die Umsatzgrenze relativ rasch. Dies führt dann zur unzulässigen Doppelbelastung von KMU, die vom Bundesrat akzeptiert werden.

